südostasien
Zeitschrift für Politik • Kultur • Dialog

3 | 2020, Interviews, Myanmar,
Autor*in: judith-kunze

„Diskriminierung von Frauen ist systemisch verankert“

Dialog-Veranstaltung der Women’s League of Burma © WLB

Myanmar: Der Schutz vor häuslicher und sexualisierter Gewalt und die Beteiligung von Frauen an sozialen und politischen Veränderungsprozessen stehen im Fokus der Arbeit des Frauenrechtsnetzwerks ‚Women’s League of Burma’ (WLB). Ein Gespräch mit der Vorsitzenden Lway Poe Ngeal über Herausforderungen und Entwicklungen

Unsere Interviewpartnerin:

Lway Poe Ngeal, Vorsitzende der ‚Women's League of Burma' (WLB) © Ko Sithu Soe

Lway Poe Ngeal gehört der ethnischen Minderheit der Ta'ang aus dem Shan Staat an. Seit mehr als zehn Jahren setzt sie sich für Frauen- und Minderheitenrechte ein. Im Februar 2020 wurde sie mit dem Schuman-Preis der Europäischen Union geehrt.

Welche Erfahrungen haben dazu geführt, dass du dich für Frauenrechte einsetzt?

Ich gehöre zu den Ta'ang, einer ethnischen Gruppe aus Nord-Burma. Seit ich denken kann, gibt es in meinem Dorf Kämpfe zwischen Rebellengruppen und dem burmesischen Militär. Meine Familie und alle Dorfbewohner*innen wurden vertrieben, das Militär brannte unsere Reisfelder nieder und beschlagnahmte unser Eigentum.

In meinem Dorf gab es keine weiterführende Schule. Mädchen konnten nur zur Grundschule gehen. Die Jungen wurden auf weiterführende Schulen geschickt, aber die Mädchen mussten auf den Reis- und Teefeldern arbeiten gehen. Die Eltern hielten es für zu gefährlich, wenn ihre Töchter weite Wege zurücklegen müssen. Außerdem würden sie sowieso heiraten und von ihren Ehemännern versorgt. Ich habe mich schon immer gefragt, warum das so ist und fand es ungerecht. Ich selbst hatte Glück. Als erstes Mädchen in unserem Dorf konnte ich die Oberschule besuchen. Nach meinem Abschluss habe ich die Kinder im Dorf unterrichtet.

Dann bekam ich die Chance, bei der *Ta'ang Women Organization* (TWO), die die Bildung junger Frauen fördert, Workshops über Menschenrechte zu besuchen. Das hat mich motiviert und ich wollte herauszufinden, warum Frauen sich in unserem Land nicht aktiv an der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung beteiligen können. TWO schickte mich 2004/2005 nach Thailand, wo ich an Kursen über Menschen- und Frauenrechte, Demokratie und Föderalismus teilnahm und Englisch und die Arbeit mit dem Computer lernte. In Thailand traf ich zum ersten Mal Menschen anderer ethnischer Gruppen aus Burma. Wegen der staatlichen Propaganda hatte ich vorher nie etwas über die ethnische Vielfalt in unserem Land gehört. In dieser Zeit wurde mir auch erst bewusst, dass Frauen im ganzen Land unter sexueller und häuslicher Gewalt leiden. Vorher hatte ich angenommen, dass das nur in meinem Dorf passiert. Danach war mir klar, dass ich mich für Frauen, Geschlechtergerechtigkeit und für ein Ende der Gewalt gegen Frauen einsetzen wollte.

Wie verlief dein beruflicher Einstieg in die Frauenrechtsarbeit?

Ich arbeite seit zehn Jahren für TWO. Zunächst war ich Trainerin für Frauen- und Menschenrechte und Demokratie. Ich habe auch Menschenrechtsverletzungen des burmesischen Militärs dokumentiert. Das war eine sehr gefährliche Arbeit, die wir heimlich durchführen mussten. Die Ergebnisse haben wir veröffentlicht und für Advocacy für den Schutz vor Menschenrechtsverletzungen durch das Militär genutzt. Später habe ich dann die Leitung von TWO übernommen. Heute vertrete ich TWO in der WLB, einem Dachverband von 13 ethnischen Frauenorganisationen, und bin eine der drei Vorsitzenden.

Welche Zielsetzungen hat die WLB?

Wir setzen uns für eine föderale demokratische Union und für soziale Gerechtigkeit in Burma ein. Unser Ziel ist es, besondere die Beteiligung von Frauen an öffentlichen Entscheidungsprozessen zu stärken. Außerdem wollen wir eine feministische Bewegung im Land schaffen.

Empowerment-Workshop für die politische Teilhabe von Frauen © WLB

Wie ist die Situation von Frauen in den ethnischen Staaten?

Die Diskriminierung von Frauen im ganzen Land ist gewaltig und systemisch verankert. Häusliche und sexuelle Gewalt ist allgegenwärtig. Zwar können Vergewaltigungen vor ein Gericht gebracht werden, aber es gibt keine wirkliche Gerechtigkeit.

Frauen in den abgelegenen Gebieten der ethnischen Staaten leiden oft mehrfach, sowohl unter der Ungleichbehandlung in Traditionen und Bräuchen als auch unter sozialer und rechtlicher Benachteiligung und sexueller Gewalt. Besonders schlimm ist die Situation in den Gebieten, in denen ethnische bewaffnete Gruppen für föderale Strukturen oder gar Autonomie gegen das

burmesische Militär kämpfen. Die zahlreichen Vergewaltigungen und anderen sexuellen Straftaten durch das staatliche Militär können nicht vor ein Zivilgericht gebracht werden. Das ist die größte Herausforderung, vor der wir zurzeit stehen.

Wie reagieren Familie und Freunde, wenn eine Frau sexuell belästigt, missbraucht oder vergewaltigt wurde?

Die meisten Überlebenden von sexueller Gewalt, Vergewaltigung und Menschenhandel können nicht mehr in ihre Dörfer zurückkehren. Die Gemeinschaft akzeptiert sie nicht mehr. Sie werden verspottet und selbst die Familie und Verwandten lästern über sie. Die meisten Männer schauen auf diese Frauen herab und denken: „Aha, sie wurde vergewaltigt; dann können wir das auch mit ihr machen." Viele der Frauen bekommen psychische Probleme. Um ihren Lebensunterhalt verdienen zu können, ziehen die meisten schließlich weg.

Wie stehen die religiösen Führer*innen zu geschlechtsspezifischer Gewalt?

Buddhistische Institutionen diskriminieren Frauen, unabhängig davon, wo praktiziert wird. Das sieht man am ungleichen Umgang mit Mönchen und Nonnen. Jeder, der eine Mönchsrobe trägt, wird von der Gemeinde verehrt. Nonnen wird aber nicht der gleiche Respekt entgegengebracht. In meiner Arbeit habe ich mit vielen Überlebenden zu tun, die von Mönchen vergewaltigt wurden. Aber die Menschen in den Gemeinden halten weiter daran fest, sie zu verehren.

Wie werden Frauen- und Geschlechterfragen auf politischer und rechtlicher Ebene behandelt?

Seit Jahrzehnten leiden Frauen, die über 50 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen, unter systemischer Gewalt. Auf der politischen Entscheidungsebene sind sie nicht angemessen vertreten. Nur 13 Prozent der Unions-Abgeordneten sind Frauen. Ohne eine parlamentarische Repräsentation sind Frauen in der Hand von Männern und können nicht über ihre Interessen entscheiden.

Einen rechtlichen Schutz für Frauen gibt es nicht. Sexuelle Gewalt, sogar die Vergewaltigung von Kindern, nimmt zu. Die meisten Frauenrechtsaktivist*innen setzen sich für ein Gesetz zur Prävention und zum Schutz von Frauen vor Gewalt ein. Ein entsprechender Entwurf wird seit über sieben Jahren diskutiert. Der erste Entwurf, der gemeinsam mit der Zivilgesellschaft erarbeitete wurde, schloss alle sexuellen Straftaten im ganzen Land ein. Aber nach der Überarbeitung durch Rechtsberater der Regierung, können Militärangehörige für Vergewaltigungen und andere sexuelle Straftaten nicht belangt werden. Das würde bedeuten, dass Frauen aus den ethnischen Staaten und besonders aus den umkämpften Gebieten immer noch keinen rechtlichen Schutz hätten.

Zudem erkennt der Gesetzesentwurf nur eine Vergewaltigung als Straftat an, aber keine anderen sexuellen Übergriffe. Und die Beweislast liegt beim Opfer. Das halten wir nicht für richtig. Deshalb wollen wir nicht, dass das Gesetz in der vorliegenden Form verabschiedet wird. Die Frauenorganisationen, die das Gesetz vorgeschlagen haben, versuchen, es nun zu verhindern.

Welche Rolle spielt Aung San Suu Kyi als Staatsrätin für die Gleichstellung von Frauen?

Aung San Suu Kyi ist keine Feministin. Sie spricht nie über die Gleichstellung der Geschlechter, die Beteiligung von Frauen an politischen Entscheidungsprozessen und ihren Schutz. Sie scheint keine Perspektive für unser Land zu haben, die Geschlechter-Fragen berücksichtigt. Sie sagte einmal, wenn Frauen die entsprechende Qualifikation hätten, könnten sie auch Führungskräfte werden und politische Ämter übernehmen. Die NLD [*National League for Democracy*, die Partei Aung San Suu Kyi's, d.Red.] hat diese Haltung in ihre Politik integriert und fördert die Beteiligung von Frauen

nicht aktiv.

Als Frauenorganisation setzen wir uns für eine Frauenquote von mindestens 30 Prozent auf den politischen Entscheidungsebenen ein. Die meisten Männer machen Witze über die Quote, auch Aung San Suu Kyi. Ihr fehlt der Wille, die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern. Sie hat keinen Plan, das Leiden von Frauen, auch in den ethnischen Staaten, zu beenden.

Aber es geht nicht nur um Frauen. Im jetzigen Parlament gibt es auch keine Vertretung von Muslim*innen, der LGBT-Community oder von Menschen mit Behinderung. Ohne ihre Einbeziehung kann man das Land nicht zu Versöhnung und Gerechtigkeit führen.

Wie könnte sich die Enttäuschung von Frauen über Aung San Suu Kyi auf die Parlamentswahlen im November 2020 auswirken?

Viele Menschen aus den ethnischen Staaten, nicht nur Frauen, sind verärgert. Wir haben viel Hoffnung in Aung San Suu Kyi gesetzt. Als sie unter Hausarrest stand, haben wir uns für sie eingesetzt und mit der internationalen Gemeinschaft für ihre Freilassung gearbeitet. Nicht nur ethnische Frauen, auch Burmaninnen denken so. Wir haben auch gehofft, dass die NLD Geschlechterfragen und die Gleichstellung der ethnischen Gruppen in den Regierungsgremien thematisiert.

Andererseits gibt es viele Menschen in Burma die immer noch auf Aung San Suu Kyi setzen.

Das Peace-Mission Team von Women’s League of Burma © WLB

Treten Frauenaktivist*innen trotz ihrer unterschiedlichen ethnischen Herkunft gemeinsam

auf?

Wir arbeiten in einem losen Netzwerk zusammen. Wir treffen uns monatlich mit anderen Organisationen in Rangun und arbeiten zum Beispiel an dem erwähnten Gesetzesentwurf. Die WLB beteiligt sich aber nicht an direkten Gesprächen mit der Regierung, sondern wir bringen uns durch unsere Bündnisse ein.

Wir haben auch eine Allianz zur *UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau* gegründet und fordern die Regierung auf, sie umzusetzen. Wir machen gemeinsame Advocacy für Frauenrechte beim Unionsparlament in Nay Pyi Taw, aber auch in den Staaten und Regionen von Burma. Die meisten Abgeordneten sind Männer. Wir mussten feststellen, dass die meisten die UN-Frauenrechtskonvention nicht kannten, ebenso andere UN-Resolutionen, die Burma unterzeichnet hat. Unsere Arbeit besteht in erster Linie in Sensibilisierung und Empowerment.

Dann konzentriert Ihr Euch gerade mehr auf Männer in öffentlichen Ämtern?

Ja, in letzter Zeit haben wir darüber nachgedacht, uns mehr auf die Bewusstseinsbildung von Männern zu konzentrieren, da sie nicht viel über Frauenfragen und die Rechte von Frauen wissen und sie nicht berücksichtigen. Dadurch hoffen wir, dass sie unsere Forderungen akzeptieren.

Welche Fortschritte siehst Du in Eurer Arbeit?

In der Vergangenheit hatten die Menschen noch nie von der Frauenrechtskonvention gehört, wussten nichts über die Auswirkungen von Geschlechterfragen oder über Demokratie und Föderalismus. Heute spricht man über diese Themen.

Außerdem können Frauenorganisationen endlich Fragen der Gleichstellung ansprechen und den rechtlichen Schutz von Frauen diskutieren. Informationen in den sozialen Medien wirken sich ebenfalls positiv aus. Immer mehr Frauen wagen es, sich an Organisationen zu wenden, um Vergewaltigungen, sexuelle und häusliche Gewalt zu melden. In der Vergangenheit trauten sich Frauen nicht, offen darüber zu sprechen. Es war eine verbreitete Haltung, die Familie zu schützen. Niemand hätte sich über einen gewalttätigen Ehemann beschwert.

Das ist heute anders. Weil Organisationen wie die WLB das Bewusstsein der Gemeinden geweckt hat, sind immer mehr Menschen bereit, Vorfälle zu melden. So können wir Fälle von Gewalt gegen Frauen für unsere Berichte dokumentieren. Das sind positive Entwicklungen.

Auf nationaler Ebene haben wir noch nicht erreicht, dass Frauen in den Friedensprozess und in politische Entscheidungen einbezogen werden. Aber es ist eine Errungenschaft, dass wir zumindest mit den Abgeordneten sprechen können.

Wir müssen Schritt für Schritt vorangehen. Im Moment kämpfen wir noch immer für ein Gesetz zum Schutz von Frauen vor Gewalt. 2013 hat die Regierung den Nationalen Strategieplan zur Förderung der Frauen verabschiedet, der bis 2022 umgesetzt werden soll. Bis jetzt gibt es nicht einmal eine Durchführungsstelle. Wir wissen noch nicht, ob die Regierung den Plan verlängern wird, aber es ist dennoch eine Chance, sie zur Umsetzung zu drängen, selbst wenn Frauen aus den Konfliktgebieten ausgeschlossen sind.

Eine Verbesserung sehe ich auch in der Kooperation der Zivilgesellschaft mit dem öffentlichen Dienst, besonders der Polizei und Justiz. Früher waren sie lediglich eine Säule im Regierungssystem, das die Zivilbevölkerung unterdrückte. Heute können wir mit ihnen sprechen und ihnen Wissen über Menschen- und Frauenrechte vermitteln, so dass ihre Arbeit den Menschen mehr zu Gute kommt. Allerdings ist es noch immer schwierig, Richter zu erreichen, da sie vielen Einschränkungen durch

die Regierung unterliegen.

Welche Rolle spielen internationale Frauenrechts- und Feminismusbewegungen für die Unterstützung von Frauenrechtsaktivist*innen in Myanmar?

Die WLB war die erste zivilgesellschaftliche Organisation, die Schattenberichte für die UN-Frauenrechtskonvention und die universelle periodische Überprüfung an die Vereinten Nationen übermittelte. Wir arbeiten auch mit verschiedenen internationalen Organisationen und der Menschenrechtskommission der ASEAN-Staaten zusammen. Unsere Verbindung zu europäischen und globalen Frauenrechtsbewegungen ist aber immer noch schwach. Wir sollten einen weltweiten Austausch feministischer Bewegungen schaffen, beispielsweise ein jährliches Frauenforum für Austausch und Advocacy. Lokal und regional stehen wir vor unterschiedlichen Herausforderungen. Deshalb wäre es wichtig, voneinander zu lernen.

Interview und Übersetzung aus dem Englischen von: Judith Kunze

Autor*in

judith-kunze

Dieser Text erscheint unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.